

Voller Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ des Deutschen Hattler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonn.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}
Zensur-Nr. Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Unser Pfingstfest!

Das liebe Fest der Pfingsten ist wieder da. Mutter Natur hat sich frisch geschmückt, die Erde prangt wieder in bunten Farben, das lichte Grün überwiegt in seiner herrlichen duftigen Frische und gibt der Landschaft einen oft geradezu zauberischen Reiz.

In der Menschheitsgeschichte haben die Feste und Feiern immer eine tiefere Bedeutung gehabt; eine Bedeutung, wie sie eben dem jeweiligen Stande der menschlichen Wissenschaft und der Geistesbildung entsprach. Schon unsere heidnischen Vorfahren feierten um Pfingsten das Fest des wiedergekommenen Frühlings in ihrer Weise durch Dankopfer. Nachdem die christliche Lehre die Erde erobert hatte, wurde dem Pfingstfest eine neue Bedeutung gegeben, die der Ausgießung des heiligen Geistes über die Jünger des großen Nazareners. Denn fünfzig Tage nach Ostern kam der Geist über die Jünger, auf daß sie hinausziehen in alle Lande und die neue Lehre verkündeten. Die christliche Kirche hat dem Pfingstfest diese Bedeutung verliehen.

Wir modernen Menschen, denen das natürliche Werden und Wirken in der Natur nicht mehr so unbegreiflich erscheint wie den heidnischen Vorfahren, legen dem Pfingstfest bereits eine andere Bedeutung bei, als es fanatischen Priestern angenehm ist. Es will uns nicht mehr in den Kopf hnein, daß der Herr Pfarrer im Sinne des Pfingstgeistes handelt, wenn er den Entzweiten der heutigen Gesellschaft Entschämtheit, Geduld und Unterwürfigkeit gegen ihre Ausbeuter empfiehlt. Wenn er die Unterdrückung und Ausbeutung der Armen durch die Reichen und Mächtigen als eine von Gott gewollte Ordnung bezeichnet.

Nach nein, das, was in diesem Sinne als Gott bezeichnet wird, das waren Menschen von Fleisch und Blut wie wir auch. Die Ausbeuter der Armen, der Armen, die man in Unwissenheit ließ und nur in der Furcht des Herrn unterrichtete; diese Ausbeuter waren es, die das heutige ungerechte, suchwürdige Gesellschaftssystem geschaffen haben. Und diese Ausbeuter sind es auch, die bestrebt sind, diesen elenden Zustand möglichst unverändert aufrechtzuerhalten.

Dieses Herrschaftssystem ist leider viel zu sehr in unseren Mitmenschen verankert, als daß es leicht zu ändern wäre. Hunderttausende leben noch immer in dem Wahn, es sei alles Wahrheit, was man ihnen gelehrt hat, der Geist der Erkenntnis der Zusammenhänge in der Erscheinungswelt ist noch nicht über sie gekommen. Erst wenn sie begriffen haben, daß in dieser Erdenwelt alles nur Natur und zum Teil Menschenwert ist, was existiert, ist der rechte Geist über sie gekommen, der notwendig ist als Voraussetzung zur Änderung des heiligen Systems.

Wir begnügen uns deshalb nicht mit dem iden Nachbeten der alten Lehrsätze, die zum Nutzen der herrschenden Klassen dem arbeitenden Volke immer wieder aufgedrängt und aufgezwungen werden. Uns interessiert vielmehr die Frage, wie der geknechteten und irregeführten Menschheit der rechte Geist der Erkenntnis vermittelt werden kann.

Ein gewaltiger Geisteshauch muß über die Menschheit kommen, auf daß sie sehend werde und die wahre Natur aller Dinge erkennen lerne. Nichts existiert in dieser Welt des Scheines, was nicht Menschen schufen, was nicht wieder durch Menschen geändert werden kann.

Mit flammender Begeisterung müssen wir die Lehre des Sozialismus verbreiten, die Lehre vom kommenden Völkerfrühling, von der Gleichberechtigung aller Menschen und von der Notwendigkeit, ein gerechtes Gesellschaftssystem herbeiführen zu helfen.

Das Fest des heiligen Geistes wird Pfingsten genannt, auch wir wollen es als solches feiern. Wir feiern es aber nicht im Sinne jenes Geistes, der sich an dunkle, mystische Vorstellungen hängt. Wir feiern

den Geist, der forscht und strebt; den Geist der Arbeit und Freude, der Lebensbejahung.

Und unser Wunsch und Wille geht dahin, diesen Geist der Lebensbejahung auch in unseren Mitmenschen zu kräftiger Betätigung anzuregen.

Dieses reine, tiefe Sehnen erfüllt uns ganz besonders stark am Pfingstfeste. Ist das Streben nach einem idealen Daseinszustand nicht allen Mitmenschen zum Heil? Wer will sich dieser Einsicht auf die Dauer verschließen? Und weil dieses unser Streben allen Menschen Freude, Glück und Freiheit bringen soll und bringen kann, um so mehr wird es mit der wachsenden Erkenntnis von denkenden Mitmenschen unterstützt werden.

Die Erde ist reich und lebenspendend genug. Bei richtiger Organisation von Erzeugung und Verteilung der Bedürfnisse der Menschen braucht keiner

am allerbesten ausnützen kann. Die Betriebsweise des bekannten Automobilbauers Henry Ford findet nach und nach auch in deutschen Betrieben Nachahmer. Bisher wurde ja von deutschen Fabrikanten immer behauptet, der Serienbau eigne sich nicht für deutsche Verhältnisse. Man wird ja sehen!

Neuerdings scheint man in wissenschaftlichen Kreisen aber auch zu der Einsicht zu kommen, daß es bei der Produktion nicht so sehr auf die Methode ankommt, wie man den Arbeiter zur Arbeit zwingt, sondern vornehmlich auch darauf, wie man seinen Willen zur Arbeit beleben kann. Der Leiter des Berliner Instituts für angewandte Psychologie Professor Dr. Lipmann hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß im Interesse der Erhöhung der Produktion alles getan werden müsse, um den Arbeitswillen zu beleben.

Es liegt wohl sehr nahe, daß man den Arbeitswillen niemals anregen kann dadurch, daß man die Arbeitszeit verlängert und die Löhne herabsetzt. Die Rechtsparteien vertreten aber gerade den letzteren Standpunkt. Nach ihrem Rezept muß die Reparationslast und die Verzinsung der Auslandsschulden durch Mehrarbeit und Lohnkürzungen gedeckt werden. Kurz und bündig, die Lasten müssen von der Arbeiterschaft getragen werden.

Wenn man dem Arbeiter immer größere Lasten aufpackt und den Brotkorb höher hängt, wie soll denn dadurch der Arbeitswille belebt werden können? Henry Ford befolgt eine andere Methode. Er erkennt den Achtstundentag an und gibt sogar den Sonnabend noch frei. Ford hat die Erfahrung gemacht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die Intensivität der Arbeitsleistung außerordentlich gehoben hat. Außerdem hat Ford allerlei andere Mittel angewandt. Er läßt Wohnungen bauen, in diesen Wohnkolonien werden allerlei Bildungsmöglichkeiten geschaffen, auch Spiel- und Sportplätze. So wird das Interesse am Wühlen und Gedeihen des Wertes doch ganz anders belebt und die Lust zu intensiver Arbeit geweckt.

Das Ford'sche System ist wohl im Grunde auch nichts anderes als die praktische Verwirklichung des von dem Ingenieur Friedrich Taylor propagierten Arbeitssystems. Er formulierte die Grundbegriffe einer wissenschaftlichen Betriebsorganisation dahin, daß nach richtigem Einlernen des gesamten Personals eines Betriebes — Techniker, Werksmeister, Arbeiter — nach wohlüberdachten Regeln die Produktion nicht nur verdoppelt, sondern drei- bis vierfach gesteigert werden kann. Taylor ist bereits vor zehn Jahren gestorben, sein System aber lebt weiter und scheint sich immer mehr zu verbreiten. Ford dagegen lebt und ist wohl der reichste Mann der Erde, weil er es verstanden hat, die Taylor'sche Idee zu verwirklichen.

Auch in Rußland hat das System schon Eingang gefunden. In Rostau betreibt ein Herr Galkow die Ausbildung eines Taylor-Systems nach eigener Methode. Er will in Fabriken rationelle Arbeitsweisen durchführen und soll es auch schon mit größtem Erfolg durch systematische Schulung der Arbeiter erzielt haben.

Es ist somit nur eine Frage der Zeit, bis die raffinierten Methoden der Teilarbeit nach Taylor-Ford'schem System sich auch in den übrigen Kulturländern einbürgern. Es muß dabei zu denken geben, daß auch Rußland gezwungen ist, die Umstellung vorzunehmen. Wie denn aber erfolgt in Rußland die Verteilung des Gewinns aus der neuen ergiebigeren Produktionsmethode?

In Amerika sucht Ford, wie wir kurz angeführt haben, durch gute Löhne, kurze Arbeitszeit und Bau von Wohnungen, Schaffung von Bildungsstätten, Sport- und Spielplätzen der Arbeiterchaft gerecht zu werden. Wie aber in Deutschland? Was werden die Unternehmer hier tun? Eine Frage, die angesichts des Bestrebens, die Löhne zu drücken statt zu erhöhen, die Arbeiterchaft auf das lebhafteste in Aufregung bringen wird und bringen muß. Jedenfalls müssen wir uns beizeiten auf den Kampf rüsten, der bald entbrennen kann.

Pfingsten!

Und wieder grünt es in Wald und Feld,
Ein heiliger Geist erfüllt die Welt!
Der fühlst des Frühlings belebenden Hauch,
Der schmücket sich heiter das Leben auch!
Dem fühlst auch in der eignen Brust,
Lebensdrang und Schaffenslust!

Auch für dich, wenn auch Proletar,
Wahnt's und grünt's noch immerdar!
Nimm vom lebenden Geist
Kühn und stark dir auch dein Teil!
Bist auch geboren zum Genuß und zum Glück
Halte dich nicht bescheiden zurück!

Ist es denn nicht auch deine Hand,
Die das Radwerk der Welt hält mit Instand?
So gebührt dir auch für erfüllte Pflicht
Freude und Glück im sonnigen Licht!
Genieße dein Teil am Frühlingsfest dreist,
Dann erfüllt dich der wahre, heilige Geist!

in Not und Elend sein Dasein zu verbringen. Dieses Ziel zu verwirklichen ist es wert, daß wir dafür kämpfen. Denn ohne Kampf nimmt die Entwicklung zu der höheren sozialistischen Kulturform, die wir erstreben, nicht den gewünschten Lauf.

Ohne Kampf ist kein Sieg möglich!

Wenn unsere Bestrebungen größeren Erfolg haben sollen als bisher, dann ist vor allem erforderlich innigster Zusammenschluß aller Kollegen. Innigster Zusammenschluß ist erste Voraussetzung, dabei darf es aber allein nicht sein Bewenden haben. Jeder Kollege, jede Kollegin muß auch entschlossen mitarbeiten, neue Mitglieder werden, aufklären und zu treuen Mitkämpfern heranzubilden zu helfen. In diesem Zeichen nur können wir rascher vorwärts gelangen. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit, mitzuarbeiten, ist fortschrittlicher Pfingstgeist, ist Lebensbejahung und Stärkung unserer Kräfte.

Leben, menschenwürdig leben sei unser Ziel; Wert dafür kämpft, erreicht auch viel! Deshalb, Pfingstgeist erfülle unsere Sinne!

Arbeitszwang und Arbeitswille.

Man kann sowohl Arbeitgeber- und Unternehmerzeitungen durchsehen wie man will, der herrim-hause-Standpunkt wird immer wieder als gemeinsame Tendenz sich darin ausdrängen. Immer kehrt der Gedanke wieder, wie man dem Arbeiter beibringen kann, daß er mehr arbeiten muß. Schon seit geraumer Zeit zerbrechen sich sogar Wissenschaftler fast die Köpfe, um möglichst raffinierte Systeme auszufinnen, wie man die menschliche Arbeitskraft

Wer sich das alles überlegt, kann doch unmöglich länger gleichgültig der Organisation fernstehen. Es muß unbedingt versucht werden, jeden Fernstehenden zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Wenn schon das Ford'sche System in Deutschland zur Einführung und Ausbreitung gelangt, dann müssen der Arbeiterchaft auch die Vorteile dieses Systems zugute kommen. Wir können und werden nicht dulden, daß die Gewinne nur von den Unternehmern geschluckt werden.

Wir leben natürlich ein, daß unsere Zeit gebieterisch Anpassung an die neuen Methoden fordert. Es hat gar keinen Zweck, sich dagegen in sanitätscher Weise zu wehren. Die Dampfkraft und die Elektrizität, die Technik, die Maschine hat ihren Siegeszug durch die Kulturwelt angetreten. Nur Kurzsichtigkeit hat sich darüber empört. Es hat nichts geholfen, daß sanitätsche Menschen Dampfmaschinen und Hilfsmaschinen zu zerstören suchten, sie mußten sich anpassen. So wollen auch wir uns rechtzeitig mit dem Gedanken vertraut machen und beiseiten räumen, damit wir unseren Anteil fordern und erhalten können.

Um aber unfruchtbare soziale Kämpfe zu vermeiden, die sowohl den Unternehmern wie den Arbeitern keine Vorteile bringen, sondern nur die Wirtschaft ganz allgemein schädigen, sollten sich die Unternehmer endlich darüber klar werden, daß man den Willen zur Arbeit nicht durch törichte Zwangssysteme allein heben kann. Die Lust und Freude, der Wille zu intensiver Arbeit kann nur geweckt, belebt und erhalten werden, wenn dem Arbeiter sein gebührender Anteil am Arbeitsertrag nicht vorenthalten wird.

Wenn es auch sehr schwer sein wird, das deutsche Unternehmertum dahin zu bringen, daß es dies einseht und danach handelt, so muß dennoch auch diese Aufgabe gelöst werden. Wenn wir zurückblicken nur auf die letzten 25 Jahre, dann ist jetzt schon recht vieles anders und besser geworden als vordem. Und so wird die Zeit, die Verhältnisse und die Initiative, die wir selbst einfließen, den Entwicklungsgang beschleunigen oder verlangsamen, je nachdem wir uns dazu verhalten.

Eine Zollvorlage im Reichsrat!

Die längst drohende Zollwuchervorlage ist jetzt von der Regierung dem Reichsrat zugegangen. Wie wir der Tagespresse entnehmen, wird darin den Großgrundbesitzern ein besonderes Privilegium gewährt, ihre wirtschaftliche Vormacht soll dadurch wieder aufs neue hergestellt und verstärkt werden. Die Getreidezölle sollen, solange kein Handelsvertrag besteht, nicht abgeändert werden dürfen. Die meisten Lebensmittel konnten nach dem Kriege frei eingeführt werden. Die jetzige Einfuhrbelastung und die in der Regierungsvorlage geforderten Zollsätze betragen im Vergleich auf den Doppelzentner:

Hoggen, bisher zollfrei, Mindestsätze bis 31. Juni 1926 3 Mk., später 5 Mk., autonomer Zoll 7 Mk. Weizen frei, dann 3,50 Mk., dann 5,50 Mk., autonom 7,50 Mk. Gerste frei, dann 2 Mk., später 2,30 Mark, autonom 7 Mk. Hafer frei, später 3 Mk.,

dann 5 Mk., autonom 7 Mk. Die autonomen Sätze treten in Kraft, wenn keine Handelsverträge ihre Ermäßigung herbeiführen.

Reis, bisher frei, vorläufig 2,50 Mk., später 4 Mk. Hülsenfrüchte (als Nahrung) bisher frei, fortab 4 Mk.

Kartoffeln frei, Spätkartoffeln fortab 4 Mk. Frühkartoffeln, bisher frei, vorläufig 0,25 Mk., später 0,50 Mk. Obst (Äpfel, Birnen), unverpakt: bisher frei, im Frühjahr 6 Mk., sonst 8 Mk. Bananen, bisher 10 Mk., später 15 Mk. Apfelsinen bis 3,25 Mk., fortab 12 Mk. Zitronen, bisher frei, fortab 12 Mk.

Fleisch (roh), bisher frei, vorläufig frisch 35 Mk., später 45 Mk. Gefrierfleisch, bisher frei, vorläufig 24 Mk., später 45 Mk. Schmalz, bisher frei, vorübergehend 8 Mk., später 12,50 Mk. Butter, bisher frei, fortab 30 Mk. Büchermilch, bisher frei, fortab 40 Mk., später steigend auf 75 Mk. Eier, bisher frei, fortab 6 Mk.

Teigwaren, bisher 25 Mk., fortab 40 Mk. Margarine, bisher frei, vorläufig 20 Mk., später 30 Mk., Büchsenfleisch, bisher frei, vorläufig 20 Mk., später 75 Mk.

Wolle, bisher 2 Mk., fortab 3,50 Mk., Wollgarne (roh), bisher 2 Mk., fortab 3 Mk., Kammgarn (roh, einträchtig), bisher 8 Mk., fortab 30 Mk. Bei Baumwollgarnen werden die Zollsätze bis auf einige wenige Sorten durchweg verdoppelt, ebenso bei Weinergarnen.

Kleine Motorfahrzeuge außer Motorfahrrädern bis 80 Mk., fortab 250 Mk., später halbjährlich sinkend bis auf 75 Mk., bei einem Gewicht von 22 bis 32 Doppelzentnern jeht 80 Mk., fortab 175 Mk., später sinkend bis auf 40 Mk., bei mehr als 32 Doppelzentner Gewicht, bisher 80 Mk., fortab 150 Mk., später sinkend bis auf 30 Mk. Die niedrigsten Zollsätze kommen erst vom 1. Juli 1928 ab in Betracht. Schwere Luxusfahrzeuge der Automobilindustrie werden geringer mit Zöllen belastet als die Kleinautos des Gewerbetreibenden.

Das sind in aller Kürze die wesentlichsten Zölle, die verlangt werden. Am 19. Mai hat auch der Vertreter der Presse die Regierung durch Reichsanwalt Luther, die Minister Kanitz und Neuhaus die notwendigen Erläuterungen hierzu gegeben. Sie spielen in der Hauptsache in dem Satz: „Schutz der nationalen Arbeit.“ Diese Zollschutzhänger beklagen sich aber bitter, wenn andere Länder ebenfalls Zollschranken errichten und den deutschen Warenexport erschweren oder gar unmöglich machen. Was ist nicht über diese Frage schon alles zusammengeschrieben worden. Die Wissenschaft hat doch gerade genug Material beigebracht, das sich gegen die alten Schutzzölle richtet, die nur dem Volke das Leben erschweren und verteuern. Immer wieder heißt es, die Landwirtschaft braucht Schutzzölle, um gegen die Unterbietung auf dem Weltmarkt bestehen zu können, weil der deutsche Landwirt eben nicht mit dem Ausland konkurrieren könne. Dabei soll Minister Kanitz selbst gesagt haben, daß bei den von den Landwirtschaftskammern eingerichteten Musterwirt-

schaften der Durchschnitt der Heftarerträge um 100 Proz. überschritten worden ist, weil man eben moderne Betriebsweisen eingeführt hat. Warum halten denn die Landwirte noch an den alten Betriebsformen fest, die ebensoviel kosten wie die modernen? Nur um Schutzzölle fordern zu können! Mit dieser Vorkriegswirtschaft muß dann eben aufgeräumt werden, wohl aber übel müssen sich die Herren Landwirte entschließen, moderne Betriebsformen einzuführen, dann werden sie auch mit dem Ausland konkurrieren können.

Genau so ist es ja mit der Industrie, die ebenso schwerfällig an ihren alten Produktionsmethoden festhält. Nehmen wir nur als Beispiel die Automobilindustrie. Den Automobilfabrikanten zuliebe sollen viele tausend Geschäftsleute auf die billige Herstellung eines Fordwagens verzichten. Unter dem Vorwand, die deutsche Industrie muß sich erst neu einstellen, soll jetzt der Zoll auf Motorfahrzeuge gewaltig erhöht werden.

Wir müssen uns als Arbeiter, deren Lebensstandard durch diesen Zollwucher aufs ärgste bedroht wird, mit schärfster Energie wenden. Warum bezahlt man uns so schlecht; die schlechte, hundsgemeine Bezahlung ist die Wurzel aller Lebelstände. Wir wollen uns nicht in eine neue Hungerperiode hineinreiben lassen. Auf zum Widerstand!

Neues über die Automobilindustrie in Amerika und Deutschland.

Ein Dozent der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Professor Dr. Georg Schlegler, Fachmann der Fabrikation, insbesondere Spezialist auf dem Gebiete des Werkzeugens und der Werkzeugmaschinen, hat von Mitte August bis Ende November 1924 eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika unternommen. Ueber seine Erfahrungen berichtet er im Januar vor dem Reichsverband der Automobilindustrie; der Vortrag ist kürzlich auch als Privatdruck herausgegeben worden. Die bekannte Tatsache wird erneut bestätigt, daß der amerikanische Automobilbau dem deutschen gewaltig überlegen ist. Die amerikanischen Fabriken stellen im Jahre 4,5 Millionen Kraftwagen her, oder an jedem Tag im Durchschnitt 15.000 Stück. Alle deutschen Fabriken zusammengenommen, etwa 90, brachten es im Jahre 1924 auf rund 30.000 Wagen, also auf täglich 100 Stück. Man hofft in diesem Jahre auf 300 Wagen täglich zu kommen, im ganzen Jahre also auf 90.000 Stück. Woher kommt diese Überlegenheit der amerikanischen Automobilindustrie, nicht nur in der Stückzahl, sondern auch in den weit niedrigeren Preisen, trotzdem die Löhne vier- bis fünfmal so hoch sind als bei uns und die Preise der Materialien zum mindesten nicht niedriger? Schlegler erklärt sie aus der unvergleichlich besseren technischen Einrichtung, sowie aus der vollendeten Lösung der Materialtransportfrage in der Werkstatt. Hören wir, was der deutsche Fachmann, der vom Unternehmerstandpunkt urteilt, im einzelnen sagt:

Der Bauernkrieg.

II.

Die Ursachen des Bauernkrieges.

Das Aufkommen der Städte brachte weitere Veränderungen der Verhältnisse mit sich. Zunächst wirkte die Entwicklung der Städte besser auf die Lage der Bauern ein. Eine große Zahl Landbewohner suchte, um den Drangalen der Großgrundherren zu entgehen, in die Städte. Die Städte waren infolge ihrer Entwicklung immer weniger in der Lage, ihren Bedarf an Lebensmitteln durch eigene Produktion zu bestreiten. Den Bauern und auch den Großgrundbesitzern wurde deshalb der Ueberschuß der von ihnen produzierten Lebensmittel abgekauft. Dadurch bekamen die Bauern Geld in die Hand. Die wohlhabenden Bauern hatten vielfach die Möglichkeit, die ihnen von den Großgrundherren auferlegten Lasten finanziell abzulösen. So kam es, daß auf den Höfen der Feudalherren Mangel an Arbeitskräften entstand. Aber auch in der Lage der Großgrundherren brachten diese Anfänge der Geldwirtschaft wesentliche Veränderungen mit sich. Wir sagten schon, daß vorher der Drang, die Naturalleistungen der Bauern zu erhöhen, begrenzt war. Es brauchte bloß wenig geliefert zu werden, wie der Gutsherr und sein Gefolge verzehren konnten. Nun aber konnten Lebensmittel gegen Geld abgegeben werden. Geld kam aber bekanntlich niemand genug bekommen. Deshalb fehlte ein viel schärferes Drängen der Großgrundbesitzer nach Erhöhung der Lasten ein. Ein Drängen, das in der Tatsache, daß die Bauern in der Entwicklung der Städte eine Freistadt hatten, in die sie flüchten konnten, vorläufig noch einen starken Widerstand fand. Wollte der Grundherr nicht ganz von Arbeitskräften entbüßt werden, mußte er wohl oder übel seinen Drang, die Lasten zu erhöhen, zügeln.

Das wurde wieder anders, als das Kapital, zunächst das Kaufmannskapital, sich in den Städten entwickelte. Die Landesherren, Fürsten, Herzöge usw., suchten die Grundherren unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. An Stelle der Ritterheere traten die von den Landesherren unterhaltenen Söldnierheere. Dazu wurde Geld und immer wieder Geld gebraucht. Das wurde den Fürsten vielfach von dem Kaufmannskapital zur Verfügung gestellt. Die Jünger und Helfer haben dem deutschen Kaiser und anderen Fürsten gewaltige Summen zur Verfügung gestellt. Freilich haben diese großen mittelalterlichen Handelshäuser dabei auch große Verluste erlitten. Es lag aber in ihrem eigenen Interesse, wenn die Macht der vielen kleinen und größeren Grundherren geschwächt und die Macht der Landesherren gestärkt wurde. Denn zur ungehörten Führung der Geschäfte brauchte der Kaufmann und das junge Kapital ein zentrales Staatsgewalt, die für die Sicherheit auf den Straßen und für Ordnung auf dem Lande sorgte. Deshalb haben auch die Städte beispielsweise in der Mark Brandenburg mit den Fürsten vielfach gemeinsame Sache gemacht, um das Raubrittertum niedergzuwerfen. Die entstehenden Lasten wurden von einer Klasse auf die andere abgewälzt. Die Bauernschaft, als die unterste Klasse, hatte den Löwenanteil zu tragen.

Je mehr dieser Druck wuchs, um so weniger hatten die Bauern Gelegenheit, so wie in früherer Zeit in die Städte zu flüchten. Die Städte hatten zum größten Teil ihre Freiheit am Ende des 15. Jahrhunderts eingebüßt. Sie waren in Abhängigkeit von den Fürsten geraten. An dem Roman von Willibald Alexis „Der Roland von Berlin“ wird der Kampf, den die Städte am Ausgang des Mittelalters um ihre Selbständigkeit führten, geschildert. Die wenigen größeren Städte, die ihre Freiheit und Selbständig-

keit behaupten konnten, hatten selbst viel Grundbesitz und waren daher an der Ausbeutung des Landvolkes interessiert. Es kam noch etwas anderes hinzu. Im 15. Jahrhundert begann sich das Handwerk in den Städten gegen den Zustrom von Arbeitern abzuschießen.

Es würde zu weit führen, alles das bis ins kleinste zu schildern. Der bedrängte Bauer hatte infolge dieser Entwicklung den Rückhalt in den Städten verloren. Der Grundherr lief nicht mehr Gefahr, Arbeitskräfte zu verlieren und hatte deshalb keinen Anlaß, die Bauern zu schonen.

So begann denn für die Bauern eine Zeit furchtbarer Drangsal. Die Macht der Landesherren erstarkte immer mehr, aber auch der vorher so mächtige Ritterstand ging mit Riesenschritten seinem Ende entgegen. Das Waffenhandwerk wurde von den Landesherren ausgeübt. Die Ritter traten entweder als Führer der Landsknechte in die Dienste der Landesherren oder saugten auf ihren Besitzungen die Bauern bis aufs Blut aus. An den Höfen der Fürsten und in den Städten wurde großer Luxus von der herrschenden Klasse entfalt. Diesen Luxus suchten die Ritter nachzuahmen. Einem großen Teil von ihnen fehlten aber die dazu notwendigen Finanzen. Um so stärker war aber infolgedessen der Druck, der auf die Bauern ausgeübt wurde. Deshalb kam es schon im 15. Jahrhundert zu Aufständen der Bauernschaft.

Die Klagen der Bauern fanden kein Gehör. Der Reichstag wurde von den damaligen Machthabern, dem hohen Adel, der Geistlichkeit und den großen freien Städten und Fürsten gebildet. Bei ihm Klagen zu erheben hieß also, den Teufel bei Beckelhub zu verklagen. Paul Kampffmeyer schreibt in seinem Werk „Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in

Kollegen! Kolleginnen!

Die Woche vom 7.—14. Juni ist eine Werbewoche für unseren Verband! — Die Nummer 23 der Verbandszeitung erscheint 8 Seiten stark als Werbenummer in erhöhter Auflage. — Verneigt Versammlungen ein! — Verbreitet die Werbenummer! — Unterstützt die Maßnahmen der Ortsverwaltungen!

Werbt neue Mitglieder!

Der amerikanische Fabrikarbeiter arbeitet nicht im mindesten mehr als der deutsche. Ein erheblicher Teil der Meister, Vorarbeiter und Werkzeugmacher, die Schlesinger in Amerika traf, waren Deutsche und noch nicht gar so lange drüben. Er verlangt eine Schonzeit für die deutsche Automobilindustrie von drei Jahren, um sie wieder wettbewerbsfähig machen zu können. In dieser Zeit hätten die kleinen Werkstätten zu verschwinden, die größeren Fabriken, die nicht ihre Einrichtungen vollständig erneuern könnten, müssten zusammengelegt werden oder ebenfalls sterben.

„Erleichtert wird der Umstellungsprozess“, so sagt Schlesinger weiter, „und der Konkurrenzkampf dadurch, daß die Lebensverhältnisse in Deutschland unter Berücksichtigung der billigeren Löhne etwa nur zwei Fünftel an Wohnsummen verlangen wie in Amerika, und wenn die neunten Arbeitsstunde bleibt, daß wir wiederum um rund 10 Proz. billiger arbeiten als die Konkurrenz auf der anderen Seite.“

Dabei aber möge man folgendes überlegen: Das billige Ford-Auto kostet drüben neu 259 Dollar = 1200 Mk. Es ist vier Jahre brauchbar, für Betriebskosten und Abschreibungen sind 300 Dollar oder 1220 Mk. im Jahr zu rechnen. „Was bedeutet das unter Heranziehung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter hier und dort?“ fragt Schlesinger. Und er gibt darauf die folgende Antwort:

„Der ungelehrte amerikanische Arbeiter verdient im Durchschnitt wöchentlich 30 Dollar, der gelernte 50 Dollar, d. h. 1600 bis 2500 Dollar im Jahr, von denen er als einzelner mindestens 90 bis 100 Dollar nur für Straßenbahn und Eisenbahnfahrten jährlich ausgeben muß. Bei drei Verdienern in der Familie sind die 300 Dollar für die „Ford“ bereits durch Ersparnis an Straßenbahn allein herausgewirtschaftet, und nun hat der Arbeiter sein Auto wie der Bessergestellte und ist ein freier Mann! ... Der deutsche gelernte Affordarbeiter verdient heute 1600 Mk. jährlich, wie soll er in absehbarer Zeit an den Kauf eines Autos von 1200 Mk. denken; es reicht gerade zum Fahrrad für 100 Mk. Das wird für lange Zeit das „Fahrgzeug“ des geplagten, verarmten Deutschen und nicht bloß des Arbeiters sein.“

Als Schlesinger dem Generalsekretär Fords diese Rechnung machte, habe dieser rührend gemeint: „Da müßt ihr eure Arbeiter eben hoch genug bezahlen!“ Worauf Schlesinger etwas von der deutschen „Schuldnerschiff“ murmelte.

Deutschland“ folgendes über die Lage der Bauern zu seiner Zeit:

„Tiefer, immer tiefer ging es mit den Bauern abwärts. Ihre dürftigen Hüfen gewährten ihnen oft nur das nackte Leben. Und zu ihrem Unglück zerpfälterten sich die schon unzureichenden Hüfen mehr und mehr. Da gab es denn bald eine vielföpfige Waffe von Hungerleiden, die keine Handbreit Grund und Boden mehr besaßen. Diese machten sich die Grund- und Landesherren, „kopfschnitzpflichtig“, die mühten ihren Kopf vor Steuern, sie gerieten in das harte Joch der Leibeigenschaft. Ihnen nach folgten ganze Klassen ausgepörrter Bauern, deren Widerstandstraf durch die Vergewaltigungen der Grund- und Landesherren vollkommen dahingeschwunden war. Die Grundherren bestritten den Bauern das Recht an den Höfen und behandelten sie als Leibeigene. Schon bis zur ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts hatte der leibeigene Stand eine bedeutende Ausdehnung erlangt. Nach und nach sah man die Leibeigenschaft als den einzigen Stand des platten Landes an.“

Hören wir nur eine Stimme aus dem großen Revolutionszeitalter des 16. Jahrhunderts, die in kurzen eindringlichen Worten die Not des Bauernstandes verkündete: „Ihre Häuser waren schlechte Häuser von Rot und Holz und mit Stroh gedeckt; ihre Speise war schwarzes Roggenbrot, Haferbrei oder gekochte Erbsen und Linsen, ihr Trank bestand aus Wasser und Molken, ihre Kleidung aus einer Zwilchgippe, dem Bundschuh und einem Fuzhut; es gibt nur einige Handwerker bei ihnen, sie müssen fronen, schwärzen, zinsen, güllen, steuern, hart beschweren und überladen.“ Der selbständige Bauernstand war zu Grabe getragen worden.“

Der „Vorwärts“, dem wir diesen Bericht entnehmen, bemerkt hierzu: Der Satz, jedem Arbeiter sein eigenes Auto, wird für den deutschen Arbeiter auf lange Zeit hinaus keine Bedeutung erlangen. Die deutschen Automobilfabriken hatten bisher genug damit zu tun, um auf Kosten der Arbeiter ihre Kapitalien zu vermehren, die Preise für ihre Wagen hochzuhalten und nach Hochschußzöllen zu rufen. Im übrigen beliehen sie es zumeist bei ihren rückständigen Produktionsmethoden. Einige der größeren deutschen Automobilfabriken haben in ihrer Goldbilanz folgendes Aktientapital festgelegt:

	1913/14	1924
Aderwerke	13,0 Mill.	25,46 Mill.
Apollowerke	1,0	1,6
Benz	22,0	20,92
Daimler	8,0	36,36
Dürkopp	4,5	7,05
Fahrr	2,0	1,92
Hansa Lloyd	4,4	4,81
Mannesmann	2,0	5,0
Reckartulm	3,6	8,01
Presto	1,5	2,05
Wanderer	3,5	15,73

Hieraus und auch aus den Mitteilungen über die Abstoßung der Hypotheken- und Obligationsschulden sowie aus der Bemessung der Sachwerte ergibt sich, daß die deutschen Automobilindustrien ihre Substanz nicht nur erhalten, sondern zum Teil noch gewaltig vermehrt haben. Sie wären also sehr wohl in der Lage, mit beschleunigtem Tempo ihre Betriebsanlagen auszubauen, um durch eine wesentliche Verbilligung ihrer Erzeugnisse den Bedarf zu heben und der amerikanischen Konkurrenz die Spitze zu bieten. Statt dessen wollen sie die Grenzen gegen die billige amerikanische Einfuhr noch dichtter sperren, um in deren Schutz die alten Methoden des Lohndrucks und der überlangen Arbeitszeit anzuwenden zu können und dazu noch die kleineren Betriebe im Anlande niederzutrittieren.

Die Arbeiter haben kein Interesse an der von Schlesinger geforderten „Schonzeit“ auf ihre Kosten; sie verlangen die Wuppung ihrer Löhne an das Niveau der anderen Industrieländer, damit das Wort „Jedem Arbeiter sein eigenes Auto“ nicht nur für die Vereinigten Staaten gilt, sondern auch für Deutschland keine Utopie bleibt.

Rechtssprechung.

Darf der Arbeitgeber die Arbeiter nach Bedarf auslösen lassen? Das Gewerbegericht in Leipzig hatte über folgende Fälle zu entscheiden. Bei der Firma Mäbler mußten acht Tischler und Maschinenarbeiter drei Tage feiern, weil die Lokomobile, die das Sägewerk betreibt, defekt war. Die Firma verweigerte die Lohnzahlung mit der Begründung: Beide Parteien hätten unter dem Einfluß einer höheren Gewalt, eines Ereignisses, das auch durch die umschichtigsten Schutzvorrichtungen nicht hätte verhütet werden können, gestanden. Dann berief sich die Firma Mäbler auch noch auf den Tarif für die Lederwarenindustrie und den Passus, welcher die Feiertagsbezahlung betrifft, die vom Arbeitgeber angeordnet werden. Auch dies treffe nicht zu, sondern eine höhere Gewalt sei in Erscheinung getreten.

Das Gewerbegericht stellte sich auf den Standpunkt, den die 4. Zivilkammer des Landgerichts Leipzig wiederholt eingenommen hat, daß eine höhere Gewalt nicht an der Arbeitsverhinderung schuld war, sondern der vom Arbeitgeber nicht beschaffte Arbeitskraft, eben die maschinenbetreibende Kraft. Die Höhe der geforderten Lohnentlichtigungen war nicht bestritten, daher wurde die Firma zur Zahlung verurteilt.

Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsaussetzung vor dem Gewerbegericht in Leipzig. Die Firma Eidwald u. Comp. hatte am 27. Juni 1924 eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat getroffen, in welcher eventuell eine Verkürzung der Arbeitszeit und vorübergehende Schließung des Betriebes vorgesehen war. Am 17. Oktober 1924 wurde diese Vereinbarung erneuert, trotzdem kam es nicht zu der angekündigten Maßnahme. Als nun die Firma im Januar und Februar 1925 unzug, mußte eine Zuschneiderein vom 14. bis 17. Februar aussetzen, weil angeblich nicht genügend Arbeit vorhanden war. Die Zuschneiderein klagte nun beim Gewerbegericht die

Zahlung von 25,74 Mk. Lohn für diese Zeit. Die Firma wurde zur Zahlung verurteilt, trotzdem sie sich auf die getroffene Vereinbarung berief. Zur Begründung des Urteils wird ausgeführt: Der Anschlag vom 17. Oktober 1924 stellt sich rechtlich nur dar als eine Wiederholung der im § 78 des B.G. dem Arbeitgeber schon allgemein eingeräumten Rechte. Die Firma hat davon aber keinen Gebrauch gemacht. Es genügt aber keine abstrakte Regelung, sondern es ist eine konkrete Regelung für eine bestimmte umschriebene Zeit erforderlich. Die Anfrage der Arbeitszeitverkürzung für eine unbestimmte Zeit, für die das Erfordernis einer Verkürzung eintreten könnte, ist daher unwirksam. Man ersieht aus diesem Fall wieder, wie verfehlt wird, die klaren Bestimmungen des B.G. zu umgehen und die Arbeiter um ihre Rechte zu bringen.

Lehrlingszuchterei im Tapezierergewerbe in Duderstadt.

In der „Deutschen Tapezierzeitung“ sucht der Möbelführer Albert Steinhoff in Duderstadt sehr oft Tapezierergehilfen. Nach Schätzung der Kollegen soll in den letzten 1 1/2 Jahren eine große Anzahl Gehilfen durch diese Werkstatt gelaufen sein. Die Eigenart des Herrn Steinhoff scheint die Ursache zu bilden, daß die Gehilfen schon nach kurzer Gastrolle wieder verschwinden. Jetzt legt sich Herr Steinhoff auf die Ausübung der Lehrlinge. Er beschäftigt bei einem Werkmeister und vier Gehilfen in seiner Werkstatt zwölf Lehrlinge. Darüber halten sich mit Recht die anderen Meister am Orte auf. Gauweiler Busch wurde auf Grund des § 128 der Gewerbeordnung beim Bürgermeister als zuständige Polizeibehörde persönlich vorgelegt und bat um Beilegung dieses Mißstandes. Nach Aufnahme eines Protokolls sollen weitere Schritte in dieser Sache von der Gewerpelolizei unternommen werden.

Die Kurzzeitigkeit vieler Meister an kleinen Orten können wir nicht begreifen. Abgesehen von der Ausnutzung der jugendlichen Arbeiter und der mangelhaften Ausbildung im Beruf, erwacht den Meistern eine Pflanzkultur in den umliegenden Dörfern, daß man die Lehrlingszuchterei als beruflichen Selbstmord bezeichnen kann. Die Lehrlinge stammen in der Mehrzahl aus den umliegenden Dörfern. In diesen Ortschaften sitzt die Hauptkundschaft der Möbelführer. Wenn diese Lehrlinge die Lehrlinge die Lehrzeit beendet haben, dann ist es ausgeschlossen, daß alle im Beruf unterkommen. Sie werden sich eine andere Existenz suchen. Aber die Pflanzkultur im Nebenberuf werden sie trotzdem ausüben und dadurch den Meistern viel Arbeit im Geschäft wegnehmen. Die Tapezierergehilfen haben alle Ursache, gegen diesen beruflichen Selbstmord zu protestieren. Sie werden gegen die Lehrlingszuchterei überall dort ankämpfen, wo diese die Grenzen des Zulässigen überschreitet.

Gegen das Steuerunrecht!

Der derzeitige Reichsfinanzminister, Dr. v. Schlieffen, hat vor einigen Tagen dem Reichstag durch eine Etabrede vorsichtig in die voraussichtlichen Reichseinnahmen für 1925 Einblick gewährt, wie sie sich nach der Annahme der von ihm vorgelegten elf Steuererleichterungen ergeben werden. Im Vergleich zum abgelaufenen Steuerjahr ergab sich dabei, daß nach der Schlieffen'schen Berechnung die Besteuerungen in der Zeit vom 1. April 1925 bis Ende März 1926 für sich allein rund drei Viertel Milliarde Mark weniger erbringen sollen als im abgelaufenen Steuerjahr. Das ist die Steuerermäßigung zugunsten des Besitzes, die heute zugegeben wird! Die Zölle und Verbrauchssteuern sollen nach der Schätzung des Reichsfinanzministers im laufenden Steuerjahr ebensoviel erbringen wie im abgelaufenen Fiskaljahre. Dazu kommen nach seinen Angaben aber 338 Millionen Mark Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Weiter hat Herr v. Schlieffen verschwiegen, daß nach dem Wunsch seiner Freunde und nach seiner eigenen Absicht im laufenden Steuerjahr eine gewaltige Zollmauer um Deutschland gezogen werden soll. Daneben bleiben aber, wenn die elf Steuerermäßigungen Gesetz werden, die Verkehrssteuern, die Umsatzsteuer und die Einkommensteuer aus Lohn- und Gehaltsabzug in ihrer

alten Höhe bestehen. Das sind die Steuerausichten, die den Arbeitnehmern blühen.

Aus den erwähnten Gründen ist es erfreulich, daß die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände gerade zur rechten Zeit für ihre Funktionäre eine 120 Seiten umfassende Materialarbeit „Gegen das Steuerunrecht“ erscheinen lassen. Sie ist das Ergebnis eingehender Untersuchungen der Steuerrkommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes. Die Arbeit erscheint im Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6.

Mit dieser Arbeit nehmen die freien Gewerkschaften zu den Steuerfragen grundsätzliche Stellung. Damit haben sie es aber nicht genügen lassen. Neben einer Darstellung der deutschen Steuergeschichte von 1871 bis 1924 und einer eingehenden positiven Kritik des Reichsetats sind die sämtlichen elf Steuergegesetze der Reichsregierung bis in ihre letzten Einzelheiten gründlich untersucht und kritisch behandelt. Dazu kommt dann noch eine Erläuterung der positiven Forderungen der freien Gewerkschaften.

Der Gewerkschaftsfunktionär, aber auch die in der Parteiarbeit Tätigen werden aus dem Untersuchungsmaterial der Steuerrkommission der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände reiche Anregung gewinnen.

Die Steuerbrochüre gibt auf alle Fragen der Steuerwirtschaft Auskunft. Die Spezialisten für Steuerfragen der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände, wie Larnow, Baderl und Grinzel vom ADGB, Feinig und Dr. Pfirrmann vom AFV-Bund und Dr. Wölter vom ADG, daneben aber auch der Prof. Dr. Hirsch, Staatssekretär a. D., haben in Sonderarbeiten zu den elf Steuergegesetzen des Rabinetts Luther v. Schlieben Stellung genommen.

Die derzeitigen Regierungsmächte glauben, daß sie ihre Geschäfte auf dem Rücken der breiten Masse machen dürfen, und daß diese selbst dabei ruhig bleibt. Die Steuerbrochüre der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände zeigt, daß sich die reaktionären Mächte auch in dieser Hinsicht getrrt haben. Wie wir erfahren, ist jene Arbeit nichts anderes als das Grundmaterial zu einer großen Aktion der freien Gewerkschaften. Durch ganz Deutschland sollen die Gewerkschaften zum Kampf gegen die sogenannte Steuerreform, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als der Versuch der endgültigen Festlegung der allgemeinen Volksbelastung zugunsten des Reiches, aufgerufen werden! Es ist zu begrüßen, daß auch auf diese Art gezelet wird, in welsch raschem Ausmaße die Widerstandskraft der Gewerkschaften gewachsen ist, zumal das Unternehmertum sowie schon meint, daß die Reichsregierung, wie in früheren Zeiten, das zu tun habe, was seinen Interessen dienlich erscheint.

Korrespondenzen.

Beelitz (Märk.). Verammlung vom 15. Mai. Kollege P. Blum-Berlin sprach über die Entwicklung und die Lage in der Lederwarenindustrie. Deutschland habe sich im Laufe der Jahre immer mehr zum Industrieland entwickelt. Die Lederwarenindustrie spielt darin keine unbedeutende Rolle. Der Redner gab ein Bild von der Entwicklung der Lederwarenindustrie vom kleinsten Anfang bis zur Gegenwart. Er sprach auch über die Erzeugnisseigenschaften der Technik und ihre Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt. An Hand von Zahlen gab er einen Überblick über die Ausfuhr und Einfuhr der Vor- und Nachkriegszeit. Der Grund der hohen Preise liege nicht, wie allgemein von den Arbeitgebern behauptet wird, in den hohen Auktionen zurückzuführen. Die nächstjährigen Tarifverhandlungen würden nur dann gute Abschlüsse bringen, wenn eine gute und geschlossene Organisation vorhanden ist. Dann gab Kollege Sommer einen Bericht über die Heimarbeitseinstellung in Berlin. Paul Jentich.

Spanbau. Verammlung vom 7. Mai. Arbeitersekretär G. Linck-Berlin hielt ein Referat über die Invalidenversicherung. Er besprach die wichtigsten Bestimmungen und machte darauf aufmerksam, daß

auch Lehrlinge, sofern sie ein Drittel des ortsüblichen Tagelohnes verdienen (Berlin 53 Pf. unter 16 Jahr, über 16 Jahr 67 Pf.), muß der Arbeitgeber Invalidenmarken kleben. Er führte viele Beispiele aus der Praxis an, wie Arbeiter durch Leichtsinn die Anwartschaft auf ihre Rechte verlieren. Bei Unklarheit solle man den Arbeitersekretär aufsuchen und nicht zum Winkelkonsulenten laufen.

Über den Tapeziererstreit berichtete Lange. Dann gab Becker die Neuwahl zur Unterkommission bekannt: 1. Vorsitzender ist Appold vom Verkehrsband, im Vorstand Awitsch, Wiener, Becker, Schneiderreit. Betreffs Verkehrslokal wurde beschlossen, das bisherige Lokal zu verlassen, da der Inhaber staatsfeindliche Elemente ausnimmt. Im Kartell wurde Einführung einer juristischen Sprechstunde angeregt, die wöchentlich ein- bis zweimal stattfinden soll. Die Belegschaft der Deutschen Werke nahm Stellung zur Lohnfrage. In der Ausfrage wurde auf verschiedene Mißstände im Wert Hofsthorst aufmerksam gemacht. Kollege Becker war bereits deshalb vorstellig geworden. Es wurde zugesagt, daß die Mißstände beseitigt werden und auch Lohnverhandlungen wurden zugesagt. Dann machte Schröder auf die Marken à 50 Pf. betreffs des Volksstreiks und auf die Bekanntmachung der Zentrale aufmerksam. R. Thiede.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie. Breslau. Görlitz. Aussperrung im Wagonbau beendet.

Tapezierergewerbe. Braunschweig. Lohnkampf. Bremen. Lohnkampf.

Hamburg. Der Ausstand dauert an. Lübeck. Lohn- und Tarifbewegung.

Flensburg. Lohn- und Tarifkampf beendet. Magdeburg. Tarifisierungen.

Stettin. Lohnbewegung. Weidet streng die bestreikten Orte.

Bücherchau.

Druck auf Unorganisierte erlaubt. Die „Juristische Wochenchrift“ (1924, Heft 14, S. 1045) veröffentlicht ein Urteil des Reichsgerichts vom April 1922 (VI 456/21), wonach rechtmäßig anerkannte Organisationen berechtigt sind, einen Druck auf Nichtorganisierte auszuüben, um sie dadurch zum Beitritt zu veranlassen. Allerdings dürfe dabei gegen die guten Sitten nicht verstoßen werden. In der bemerkenswerten Begründung heißt es:

„Steht es jedem einzelnen frei, sich einer Organisation anzuschließen oder nicht, so muß andererseits anerkannt werden, daß die Organisationen ein berechtigtes Interesse daran haben, sich möglichst stark auszubauen und sich so im gewerblichen Lohnkampf einen möglichst großen Einfluß zu verschaffen, daß sie auch bei der Verfolgung dieses Zieles vor entgegenstehenden Interessen Dritter nicht zurücktreten brauchen und, wie dies im Interessentkämpfe allgemein zugelassen ist, darauf hinarbeiten dürfen, über sie die Oberhand zu gewinnen. Da zur Stärkung ihrer Stellung und ihrer wirtschaftlichen Kraft die möglichst vollständige Heranziehung aller für sie in Betracht kommenden Personen von ausschlaggebender Bedeutung ist, kann ihnen nicht verwehrt werden, zur Erreichung dieser Voraussetzung einen gewissen Druck auf die zum Anschlusse nicht Bereiteten auszuüben und Maßnahmen zu treffen, um ihren Widerstand zu überwinden. Selbstverständlich dürfen hierbei nur erlaubte Mittel zur Anwendung gelangen und auch die nur insoweit, als sie in ihrer Auswirkung nicht gegen die guten Sitten verstoßen. Letzten Endes müssen diese die Grenze der zulässigen Maßnahmen bestimmen.“

Dieses Urteil muß unseren Kollegen Ansporn sein, den Unorganisierten energischer als bisher auf die Fersen zu steigen. Leider war es bisher so, daß die Unorganisierten am lauteften schreien und Organisierte sich von diesen Schmarotzern auch noch zum eigenen Nachteil beeinflussen lassen.

Das gute Buch den Schaffenden. Der „Bücherkreis“, Geschäftsstelle Berlin, Lindenstraße 3, hat sich die Aufgabe gestellt, gute Bücher in die breiten Volksschichten hineinzubringen. Gegen einen Monatsbeitrag von 1 Mk. liefert der Bücherkreis jährlich vier Bücher, die in jeder Beziehung höchsten Ansprüchen genügen. Außerdem wird eine gute Monatschrift geliefert. Das erste Werk, was der Bücherkreis lieferte, war das 19. Jahrhundert in der Karikatur von Hermann Wendel. Gelesen ist erschienen „Sühne“ von Martin Andersen Nexø. Die Werte dieses Dichters sind ganz besonders empfehlenswert, weil er es versteht, die Volkstypen lebenswahr darzustellen. Aufnahmen in den Bücherkreis erfolgen an oben angegebener Stelle.

Jüngste Arbeiterdichtung, Arbeiter-Jugend-Verlag, Berlin, Belle-Alliance-Platz 7/8, Karl Bröger, der bestlebte Arbeiterdichter, hat auf 92 Seiten eine Auswahl von dichterischen Arbeiten junger Arbeiter zusammengetragen. Es ist der Extrakt von 1200 eingekauften Arbeiten. Es sind recht hübsche originelle Sachen darunter, deren Verfasser zu den schönsten Hoffnungen auf Zukunftswerke berechtigten. Der Preis ist hart. 80 Pf., geb. 1,50 Mk.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 25. bis 31. Mai ist der zweit- und zwanzigste Beitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jeden Mitglied.

Achtung! Monatsberichtsarten über den Stand der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Ort pünktlich einfinden. Sichttag ist Sonnabend, der 30. Mai. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, die Berichtsarten bis spätestens zum 8. Juni einzusenden. Monatsarten, die uns erst Mitte oder gar am Ende des Monats Juni zugehen, sind vollständig wertlos. Auch die Orte, an denen voll gearbeitet wird, müssen berichten. Die wöchentlichen Berichtsarten sind den Ortsverwaltungen im März mit dem Abrechnungsmaterial zugegangen.

Magdeburg. Auf eine langjährige Mitgliedschaft können folgende Kollegen zurückblicken: Max Siewert 28 Jahre; Paul Schmidt 27 Jahre; Adolf Graw 26 Jahre; Eduard Fabiel 26 Jahre; Wilhelm Kersten 26 Jahre; Heinrich Mohr 26 Jahre; Friedrich Stein 26 Jahre; Hugo Schmidt 25 Jahre; Robert Straß 25 Jahre.

Das Jahrbuch für 1924 ist den Ortsverwaltungen zugezellt worden. Eventuelle Nachforderungen können noch Berücksichtigung finden.

Verammlungskalender.

Güstrow (Meckbg.). Freitag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Klause“. Erscheinen aller Kollegen Ehrenpflicht.

Spanbau. Donnerstag, den 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr, bei Schlenke, Breite Straße 34.

Sterbefafel.

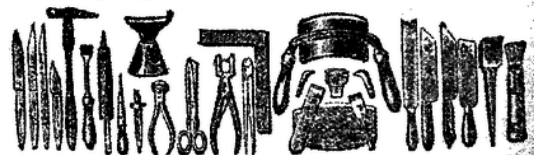
Berlin. Am 13. Mai starb unser langjähriger Mitglied, der Portefeuller Paul Kersten, im Alter von 57 Jahren.

Bremen. Am 28. April verstarb nach schwerem Krankenlager unser lieber Kollege Henry Holopp im Alter von 51 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.

Ihr meine neue Fabrik suche ich 15 tüchtige, selbständige Ledermöbelarbeiter Epigenlohn 0,92 Mk. Hans Kaufeld, Bielefeld, Saubhagen 17 (bei Spinneret Vorwärts).

Zuglehrbücher für Sattler und Tapezierer Brüderstraße 10 a Verbandsbureau.



G. Brucklacher, Werkzeugfabrik, Berlin S., Oranienstraße 43.